

Ulkstübne
 ischen Hof.
 Ihre
unde
 Ludwig Fulda.
 schmittags 3 Uhr
 abends 7/8 Uhr
ngen
 deren
nen der
kraftwerke
 entgegen
sbank Calw
 rkauf an:
andbriefe,
ligationen
 nd Verkauf sämt-
 lichen Bedingungen,
 stets empfohlen.
Treib-
riemen
hmaschinen-
riemen
 aus alterem Leder her-
 ge Stüde liefert nach
 Fabrik-Engros-Preisen
Stuttgart,
 enbergstraße 22.
 und Fabrikation.
 Adresse: Lederriemen-
 Bunsch.
 h zu empfehlen.
Stuttgart
 schön und gut.
tenmann, Leder-
 str. 91.
ung.
 den 2. Februar:
 mit Klappdeckel,
 oft und Matratze,
 über u. Fenster-
 kaffen, Tischle,
 etrieb, Amerika-
 Galerien und
 netterlingskästen
Dopp Witwe,
 marktstraße 23 III.



Nr. 26. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang.
 Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Abonnementpreis: Die fünfzehnjährige Seite 60 Bfg.
 Retouren 2.—Mf. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Zuschr. 3.
 Mittwoch, den 2. Februar 1921. Bezugspreis: In der Stadt mit Zählerlohn Mt. 12.50 vte. teilsählich. Postbezugspreis
 Mt. 12.50 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 3 Uhr vormittags.

Das deutsche Volk einig in der Ablehnung des Pariser Versklavungs-Diktats.

Der deutsche Reichstag und die Beschlüsse der Pariser Konferenz.

Eine deutliche Erklärung des Außenministers.

Berlin, 1. Febr. (Reichstag.) Die Tribünen sind überfüllt. Auch vor dem Reichstagsgebäude drängt sich eine große Menschenmenge.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Am Ministertisch: sämtliche Kabinettsmitglieder und eine Fülle von Regierungsvertretern, sowie von Vertretern der Länder. — Die Diplomatentage ist ebenfalls stark besetzt. Der österreichische Vertreter, die Vertreter der Tschechoslowakei und der Schweiz sind anwesend, desgleichen der erste Vorkonferenzrat der französischen Vorkonferenz.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung kurz nach 4 1/2 Uhr und stellt das Wort dem Reichsminister des Auswärtigen, Simons.

Selten hat eine politische Handlung solche Verwirrung in den Köpfen angerichtet, wie die Pariser Verhandlungen. Eben war der Seydour'sche Plan erörtert, und nun kommt die neue Note. Nebner schildert den Verlauf der Verhandlungen und bespricht den Inhalt der Note. Anknüpfend an Spa ist diese Note zustande gekommen. Von der Beratung in Boulogne ist uns nie etwas bekannt geworden. Diese Beratung ist in Spa gar nicht erwähnt worden. Spa kam nicht zustande und die Verhandlungen verzögerten sich immer mehr, sodass er (Nebner) eine raschere Regelung angeregt habe. So seien die Brüsseler Verhandlungen zustande gekommen, die dann aber auch ohne endgültiges Ergebnis verlagert wurden. In Paris wurde das Bild anders. Der Seydour'sche Vorschlag trat ganz zurück. Die Vorwürfe, daß die deutsche Regierung nicht selbst mit positiven Vorschlägen hervorgetreten sei, treffe nicht zu. Wir haben solche gemacht, sie sind aber nicht beachtet worden. Auch in Spa haben wir Vorschläge gemacht, die allerdings noch nicht eingehend sein konnten, aber doch u. a. einen Finanzierungsplan enthielten. Sie sind unter dem Tisch gefallen. Pläne alternativer Natur zu machen, solange Oberschlesien noch eine ungeklärte Frage bildet, halte er für unmöglich. Dazu kommen unsere ungeklärten wirtschaftlichen Verhältnisse und die Ralutfrage. Wir haben auch gegenüber dem Seydour'schen Plane keine Bedingungen gestellt, wir haben nur erklärt, daß wir keine bindenden Zahlen angeben könnten. Der französische Vorkonferenzrat selbst habe ihm dann erklärt, daß Gelegenheit gegeben werde, in Brüssel dazu Stellung zu nehmen. Der Wortlaut der Note deckt sich mit dem uns übermittelten Wortlaut. In der Entwaffnungsnote werden Heeresklauseln, Marineklauseln und Luftschiffklauseln angegeben. Es handelt sich hier um Entschleunigungen. Gefragt werden wir nicht, das hindert aber nicht, daß wir uns dazu äußern werden. Es sind uns zwar die Fristen zur Durchführung der Beratungen mit den Ressorts und den einzelnen Ländern gegeben, ich habe aber jedes Wort der Anerkennung für dasjenige vernimmt, was wir in der Entwaffnungsfrage schon geleistet haben, vielmehr klingt jetzt das Mißtrauen gegen uns heraus.

Reichsminister Simons gibt sodann einen Überblick über den Inhalt der Reparationsnote und fährt fort: Wo bleibt die Anerkennung dessen, was wir schon geleistet haben? Auch ist nicht gesagt, ob wir bei Ausgabe der Wons die beim Waffenstillstand hinterlegten Schatzkassene zurückhalten. Das neue Programm enthält also Unklarheiten und Widersprüche. Variable Summen dürfen uns nicht auferlegt werden. Desgleichen sind nach dem Waffenstillstand nur 30 Jahre zur Tilgung vorgesehen. Von allem ist keine Rede mehr. Es müßte doch festgestellt werden, wie hoch der angerichtete Schaden eigentlich ist. Was Frankreich bisher aufgewendet hat, ist verächtlich worden, ohne daß nur eine Mauer aufgebaut worden wäre. Die Schätzungen der französischen Sachverständigen sind Herrn Poincaré zu niedrig erschienen. Sie sind erhöht worden. Aber deutsche Sachverständige hinzuzuziehen, ist niemanden eingefallen. Die Summe, die jetzt angegeben wird, scheint also mehr oder weniger willkürlich zu sein. Clemenceau hat seinerzeit selbst erklärt, daß ein Eingriff in unsere Freiheit nicht beabsichtigt sei. Von einer Zollkontrolle war nie zuvor die Rede. Die Regierung ist sich klar darüber, daß der Weg, der vorgeschlagen wird, unpraktisch und somit unüberwindlich ist und auf eine wirtschaftliche Verklavung hinausläuft. Daran ändern die uns in Aussicht gestellten Rabattsätze von 8 und 6 Prozent nichts. Die Entente glaubt vielleicht, wir könnten im Auslande eine Anleihe aufnehmen. Das ist einfach unmöglich, zumal die Bestimmungen der Reparationskommission hier schon eine

Barriere gezogen haben. Es würde also auch nicht einmal das Land in Frage kommen, das die Alliierten während des Kriegs finanziert hat. Die Zollabgabe ist eine Entfesselung der deutschen Industrie. Muß das Ausland sie tragen, so wird der Absatz erschwert; ist das nicht möglich, so muß sie der Arbeiter tragen. Gefangenearbeit ist stets eine unliebsame Konkurrenz der freien Arbeit. Wir würden 42 Jahre lang Gefangenearbeit leisten müssen. Der Redner kommt dann auf die Strafbestimmungen zu sprechen, die er noch nicht antilich erhalten habe und die er aus einem Interview entnommen habe. (Auf Zwischenrufe der äußersten Linken bittet der Minister, seine rein objektiven Äußerungen nicht durch Zwischenrufe zu stören.) Zu den Strafbestimmungen gehört auch die eventuelle Errichtung eines eigenen rheinischen Zollgebiets, sowie die Nichtaufnahme in den Völkerbund. Das letztere interessiert uns weniger, solange wir noch nicht den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund gestellt haben. Jedenfalls hat der Völkerbund, so wie er jetzt ist, nicht viel Lockendes für uns. Die Regierung kann in dem Arrangement nicht die nötige Grundlage für weitere Verhandlungen sehen. Es ist aber ihre Pflicht, alle Mittel anzuwenden, um zu entsprechenden Gegenvorschlägen zu kommen. (Beifall.)

Präsident Löbe beantragt, die Sitzung jetzt zu vertagen und die Besprechung erst morgen vorzunehmen, nachdem die Fraktionen hierzu Stellung genommen haben.

Abg. H. Schmitt (Komm.) will zur Geschäftsordnung sprechen, gibt aber trotz mehrfacher Unterbrechung durch den Präsidenten eine Erklärung ab, in der er die Forderungen der Entente als eine Frucht des deutschen Imperialismus bezeichnet. Der Reichstag habe bereits gestern durch seinen Abbruch der Verhandlungen die völlige Bankrotterklärung der bisherigen auswärtigen Politik unterzeichnet. Wenn er heute wieder ohne Debatte auseinandergelasse, erkläre er sich abermals bankrott. (Der Redner wird fortwährend von Enttäuschungs- und Schluß-Rufen unterbrochen.)

Abg. Müller-Franken (Soz.): Die großen Parteien haben den Wunsch ausgesprochen, erst morgen zu der Rede des Ministers Stellung zu nehmen. Wir sind daher für den Antrag des Präsidenten. Auf die Worte des Vorredners einzugehen, haben die Parteien keinen Anlaß, die auf dem Boden der Verfassung stehen.

Abg. Schiffer (Dem.) protestiert gegen den Ton der Ausführungen des Abg. Hoffmann und betont die Notwendigkeit, angesichts der Bedeutung der Debatte jedes Wort auf die Waagschale zu legen.

Abg. Ledebour (Unabh.): Trotz anfänglicher Bedenken haben wir davon Abstand genommen, diese Angelegenheit durch eine Geschäftsordnungsdebatte herabzudrücken.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wird der Antrag des Präsidenten angenommen. — Morgen nachmittag 1 Uhr: Besprechung der Regierungserklärung, Erledigung der 2. und 3. Lesung des Etats samt der bisher aufgeschobenen Abstimmung. Schluß 1/2 6 Uhr.

Abgeschlagenes Abschiedsgesuch des Reichsministers des Auswärtigen.

Berlin, 1. Febr. Der Reichsminister des Auswärtigen, Simons, bot in der gestrigen Sitzung des Reichstages seine Entlassung an. In den Juni-Tagen 1919 hatte er sich gegen eine Unterzeichnung des Pariser Vertrags ausgesprochen und übernahm das Auswärtige Amt mit dem Programm, den Friedensvertrag bis zur Grenze der Möglichkeit durchzuführen. Sein Rücktritt wäre ein deutliches Bekenntnis gewesen, daß durch die Pariser Beschlüsse eine lokale Durchführung dieses Vertrags unmöglich gemacht würde. Auf Vorstellungen der übrigen Kabinettsmitglieder, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick eine Krise im Auswärtigen Amt die Regierung in eine noch schwierigere Lage bringen würde, zog Dr. Simons sein Rücktrittsgesuch zurück. — Der „Vorwärts“ schreibt zur Lage: Die Regierung hat nach innen die allerbeste Situation, da sie bei den entscheidenden Fragen alle Parteien hinter sich hat. Nach außen würde eine andere aus diesem Reichstag hervorgegangene Regierung kaum eine bessere Stellung haben. So wenigstens besteht unter solchen Umständen für den Reichsminister Simons kein Grund, aus seinem Amte zu scheiden.

Die Haltung der Parteien.

Berlin, 2. Febr. Wie die Blätter mitteilen, werden in der heutigen Reichstags-Sitzung die Koalitionsparteien durch einen Redner eine gemeinsame Erklärung abgeben, deren Wortlaut zwischen den Parteien vorher vereinbart werden soll. Die übrigen Parteien wer-

den gesonderte Erklärungen abgeben. Alle Parteien werden in diesen Erklärungen ihre Zustimmung zu der Stellungnahme der Reichsregierung gegenüber den Beschlüssen der Pariser Konferenz Ausdruck geben und sich hinter die Regierung stellen. Nur die Kommunisten werden sich an der Einheitsfront des Reichstags nicht beteiligen.

In den Besprechungen der Parteiführer mit dem Minister des Auswärtigen über die Entwaffnungsfrage herrschte Uebereinstimmung darüber, daß die neuen Bedingungen anerkannt werden müßten, soweit sie nicht über den Vertrag von Versailles hinausgehen. Das tun sie aber in der Frage des Luftfahrwesens. Und hier soll auf dem Wege der Sachverständigenbesprechung alles daran gesetzt werden, die Lebensinteressen der deutschen Flugindustrie zu schützen. Auch kommt die Anregung eines Schiedsgerichts in Frage. — Wie die „Vossische Zeitung“ hört, wird der bayerische Handelsminister Hann, der an den Besprechungen teilgenommen hat, heute nach München fahren, um dem Ministerpräsidenten v. Kahr die Berliner Auffassung von der Einwohnerwehrfrage vorzutragen.

Berlin, 1. Febr. Unkläglich der Behandlung des Etats des Reichsfinanzministeriums im Hauptausschuß schlug Dr. Vossnack vor, von einer allgemeinen Finanzdebatte im Augenblick mit Rücksicht darauf Abstand zu nehmen, daß zunächst die auswärtige Lage geklärt sein müsse. Der Ausschuß beschloß demgemäß.

Berliner Pressestimmen.

Berlin, 2. Febr. Die gestrigen Ausführungen des Reichsministers Dr. Simons im Reichstag über die neuen Ententenvorschläge in der Reparationsfrage finden die Zustimmung der gesamten Presse. Die Blätter heben besonders die nächste Sachlichkeit der Rede hervor, die mehr überzeugte als große Worte.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt: Herr Dr. Simons hat gänzlich unparteiisch gesprochen, aber wir wissen diesmal und die Welt soll sich das klar machen, daß sein Nein bestehen bleiben wird. Dr. Simons hat Gegenvorschläge angekündigt, die vermutlich in London vorgelegt werden sollen, falls es zu den Londoner Besprechungen kommt. Die alliierten Staatsmänner werden diese Gegenvorschläge vielleicht mit einer hochmütigen Geste zurückweisen, aber daß sie mit Beschlüssen in Deutschland kein Glück haben werden, sehen sie hoffentlich schon ein. — Zu der Äußerung Dr. Simons, daß die Auferlegung von 226 Milliarden, zahlbar in Raten bis zu sechs Milliarden und zwar 42 Jahre lang, die wirtschaftliche Verklavung des deutschen Volkes bedeute, erklärt das Blatt: Herr Lloyd George hat vor einigen Tagen in Paris dem unter dem Triumphbogen befatteten „Unbekannten Soldaten“ einen Kranz gependet, dessen Aufschrift wieder einmal besagte, die Alliierten hätten für die Errettung der Zivilisation gekämpft. 42 Jahre Sklavendienst für ein ganzes Volk — für die heute Lebenden, die Alten, die Jungen, die ganz Kleinen und die noch Ungeborenen — eine schöne Zivilisation!

Der „Vorwärts“ schreibt, daß das deutsche Volk und die ruhigen Köpfe der übrigen Welt eine andere Erklärung des Reichsministers nicht haben erwarten können. Ueber die vollkommene Unmöglichkeit der Erfüllung jener Pariser Vorschläge gibt es in ganz Deutschland ohne Unterschied der Partei nur eine Stimme, wie sehr auch sonst über die beste Methode, der Ententepolitik zu begegnen, die Meinungen verschieden sein werden. Niemals ist in der Presse eines Landes, in dem völlige Freiheit des Wortes herrscht, eine so weitgehende sachliche Uebereinstimmung zu verzeichnen gewesen.

Auch die „Freiheit“ stimmt der sachlichen Kritik des Ministers über die unerträgliche Schwere der Bedingungen zu. In der Tatsache, daß Deutschland Gegenvorschläge machen werde, sieht das Blatt die Möglichkeit für weitere Verhandlungen mit der Entente.

Eine beherzigenswerte Rede des bayrischen Landespräsidenten.

München, 1. Febr. In seiner heutigen Sitzung besaßte sich auch der Landtag mit dem Pariser Versklavungsvorschlag. Präsident Königsbaur erklärte unter lebhafter Zustimmung des Hauses, daß, ohne der Reichsregierung und dem Reichstag vorzuziehen zu wollen, von der Reichsregierung und dem Reichstag ermartet werden dürfe, daß das offenbar Unmöglichkeit niemals zugestanden werden würde. Alle trennenden Schranken im deutschen Volk müßten niedergerissen werden, alle Parteien, alle Stämme in Nord und Süd müßten sich einigen in dem Bestreben, lieber ehrlich unterzugehen als unehrlich zu verderben. Während der Rede des Präsidenten hatte das Haus sich von seinen Sitzen erhoben. Gemäß dem Beschluß seines Kabinetts wurde darauf die Sitzung geschlossen.

Der deutsche Beamtenbund gegen das unmenschliche Vernichtungsbüchlein.

Berlin, 1. Febr. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat in seiner Sitzung vom 1. Februar zu der durch die Pariser Beschlüsse geschaffenen politischen Lage mit folgender Entschiedenheit Stellung genommen: In vollkommener Einmütigkeit bringt der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes zum Ausdruck, daß mit dem gesamten deutschen Volk auch die im Deutschen Beamtenbund organisierte Beamtenschaft in einheitlicher Geschlossenheit hinter dem zu erwartenden Protest der deutschen Regierung gegen das unmenschliche Vernichtungsbüchlein der Alliierten mit seinen katastrophalen Wirkungen steht. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes vertritt die Auffassung, daß mit der Verwirklichung der Pariser Beschlüsse die Wiederaufrichtung Europas endgültig verhindert, der sichere Tod des deutschen Wirtschaftslebens und die Unmöglichkeit der Weiterführung irgend einer der Volksgesamtheit dienenden Berufspolitik heraufbeschworen werden würde. Unter dem Joch dieser Bedingungen würde es auch der deutschen Beamtenschaft nie mehr gelingen, den zur Aufrechterhaltung eines geordneten Staatsbetriebs notwendigen Beamtenapparat intakt zu halten. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes ist daher fest entschlossen, sich unter Aufbietung des letzten seiner Mitglieder, wenn nötig in geschlossener Einheitsfront mit allen übrigen Arbeitnehmern, für einen entschlossenen Widerstand gegen die Wirtschaftsbedingungen verblendeter Sieger zur Verfügung zu halten.

Eine dänische Würdigung der scheußlichen Rohheit der Ententebeschlüsse.

Kopenhagen, 1. Febr. Die Zeitung „Sozialdemokraten“ wendet sich in einem Leitartikel aufs schärfste gegen die neuen Ententeforderungen an Deutschland und nennt sie namentlich im Hinblick auf die zu erwartende Verelendung der deutschen Arbeiterklasse eine scheußliche Rohheit und ein unbarmherziges grausames Todesurteil. Die Zeitung fährt fort: Wenn die Mächte das ganze deutsche Volk nach Afrika deportiert und in die Sahara gebracht hätten, so wäre das menschlicher gewesen. Wir betrachten es als sicher, daß die Arbeiter auf der ganzen Welt, auch die der streitenden Länder, sich erheben und gegen diese Entschlüsse der gegnerischen Parteien werden, denn ein Sklavenleben, wie es der deutschen Arbeiterklasse zugeordnet ist, wird selbstverständlich nur dazu beitragen, daß die Arbeiter auch in anderen Ländern in das schwärzeste Elend geraten. Das deutsche Volk wird natürlich diese wahnwitzige Entschädigung nicht bezahlen und die Sieger können den Betrag nicht eintreiben. Selbst schwärzeste Soldaten werden auf die Dauer zu einem 42-jährigen Plünderungsgang in dem zum Tode verurteilten Lande untauglich sein.

Amerikanische Auffassung über den Wahnsinn der Entschädigungsforderungen.

London, 31. Jan. „Daily Express“ meldet aus Newyork: Der Vorsitzende der Chase National Bank erklärte, die Entschädigungsbedingungen der Pariser Konferenz seien allzu streng. Er könne sie nicht optimistisch beurteilen. Eine Gruppe von Wirtschaftlern in Newyork ist der Ansicht, daß die Entschädigungssumme niemals erfüllt werden wird, da die Alliierten schließlich einsehen werden, daß sie Deutschland ihren eigenen Markt ausliefern müßten, um Deutschland die Bezahlung in Waren zu ermöglichen. Es wird sogar der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Bezahlung in deutschen Waren in Frankreich eine solche Arbeitslosigkeit zur Folge haben werde, daß die französischen Arbeiter einen höheren Schutz darin fordern werden, um Deutschland zu verhindern, seine Zahlungen auszuführen.

London, 31. Jan. Die „Times“ melden aus Washington, daß fast allgemein die Ansicht vertreten werde, daß wesentliche Änderungen in den von der Pariser Konferenz festgesetzten Entschädigungsbestimmungen fast unvermeidlich sind. In Amerika wird darauf hingewiesen, daß sowohl die Verteilung der Entschädigungssumme auf die Zeit von 42 Jahren, wie die

Isabella von Aegypten

Kaiser Karl des Fünften erste Jugendliebe.

20) Historische Erzählung von Achim v. Arnim.

Unterwegs nahm er zum erstenmal einigen willigen Unterricht in der Dialektik bei Adrian, dem es eine Freude war, als der Prinz den Schluß erfunden hatte: Alle jungen Männer sind verliebt, Cajus ist ein junger Mann, also ist Cajus verliebt. Der genannte Cajus war aber unser Erzherzog selbst, der dabei heimlich mit Cencio lachte. Der Erzherzog war in den bloßen Gedanken an die schöne Unbekannte, die er an dem Tage sehen sollte, so verliebt, daß es ihm wie eine Überfahrt auf dem langsamen Sturz zu einem neuen Leben schien, wo alles freier, wunderbarer, lieblicher und schrecklicher ihm erscheinen sollte. Adrian dachte heimlich an das Buch des Petrus Lombardus, wovon ihm Cencio erzählt, daß er es bei einer Erdbitterin gesehen, Cencio an die künftige Günst, die seiner warte, wenn der Erzherzog zur Regierung gekommen.

In solchen Gedanken landeten sie im Hofe der Frau Meiken, die, ungeachtet sie von Cencio wohlunterrichtet war, doch sich stellte, als kenne sie ihre hohen Gäste nicht, und es bedauerte, daß ein paar Familien aus Gent ihr Haus in Beschlag genommen hätten. Adrian fragte, ob sie nicht in der Bibliothek unterkommen könnten, aber Frau Meiken lachte, daß ihr der Acker schwall, sie hätte nur ein paar alte, wurmfällige Schwarzen, die lägen in einer Vorkammer, wo sich knapp ein Mensch umdrehen könnte. Adrian ließ nicht nach, bis sie dahin geführt wurden; erst dort sagte er ihr, daß ihrem Hause die Gnade heut geworden sei, den Erzherzog zu beherbergen, die Familien aus Gent würden wohl aus Achtung gegen ihn ein

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Maul- und Klauenseuche ist in Nagold erneut ausgebrochen.

Sperbezirk: Nagold.
Beobachtungsgebiet: Emmingen, Heselhausen, Mödingen, Ober- und Unterjettingen.

Es treten die schon beim ersten Seuchenausbruch angeordneten Schutzmaßnahmen wieder in Kraft.

Erlöschen ist die Seuche in Egenhausen und Spielberg. Wegen verwehrteter Nachbargemeinden verbleiben diese Gemeinden im Beobachtungsgebiet. Münz.

Erhebung eines 12prozentigen Zolles auf die deutsche Einfuhr der Zustimmung Deutschlands bedürfen.

Ausland.

Vom internationalen Arbeitsamt.

Genf, 31. Jan. Gemäß den Bestimmungen des Art. 405 des Friedensvertrags haben sich die der internationalen Arbeiterorganisation angehörenden Staaten verpflichtet, ihren Parlamenten oder den sonst zuständigen Behörden innerhalb eines Jahres, in Ausnahmefällen innerhalb 18 Monaten, die von der internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Konventionsentwürfe als Gesetzentwürfe zu unterbreiten. Es handelt sich um den Entwurf über den achtstündigen Arbeitstag und die 48 Stunden-Woche, über die Arbeitslosigkeit, über die Arbeit der Frauen vor und nach der Niederkunft, über die Nacharbeit der Frauen, über die Festsetzung eines Mindestalters für die Verwendung von Kindern in der Industrie (14 Jahre) und über die Arbeit der Kinder in der Industrie. Eine Anzahl von Staaten ist der vorgesehenen Bestimmung bereits nachgekommen, darunter Südafrika, Deutschland, Argentinien, Desterreich, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Japan, Schweden und die Schweiz. Der Direktor des internationalen Arbeitsamts hat die noch fehlenden Staaten auf den Ablauf der einjährigen Frist mit dem 26. ds. Mts. hingewiesen und um Vorlegung der entsprechenden Entwürfe an ihre Parlamente oder die sonst zuständigen Behörden ersucht. — Bekanntlich ist das internationale Arbeitsamt in Genf vom Völkerbund gegründet — zu Propagandazwecken für die Entente.

Kommunistisches aus Stalien.

Berlin, 2. Febr. Nach einer Meldung des „Berliner Lok-Anz.“ ist das Triester sozialistische Parteiblatt gestern Nacht von Kommunisten besetzt worden.

3 1/2 Millionen Arbeitslose in Amerika.

Washington, 1. Febr. Der Monatsbericht des Federal Reserve Board stellt fest, daß die wirtschaftliche Lage sich gebessert hat. Es bleiben jedoch immer noch 3 473 000 Arbeitslose. In gewissen Bezirken hat sich die Lage der Textilindustrie gebessert.

Deutschland.

Polnische „Abklimmungsweber“ in Oberschlesien.

Bochschütz, 2. Febr. Der polnische Plebiszitkommissar Koniohly wurde wegen Mordanschlägen und Gewalttaten beim letzten Putsch verhaftet. Sein Vorgänger, der sich als alter Zuchthäusler entpuppt hat, dieser Tage wegen Unterschlagung von 30 000 Mark verhaftet worden.

Vor einem deutsch-litauischen

Wirtschaftsabkommen.

Berlin, 1. Febr. Eine litauische Kommission wird zu Verhandlungen über ein deutsch-litauisches Wirtschaftsabkommen demnächst hier erwartet.

Anerkennung der Republik Lettland durch Deutschland.

Berlin, 1. Febr. In Ausführung des Art. 2 des deutsch-lettischen vorläufigen Abkommens vom 15. 7. 1920 hat die Reichsregierung beschlossen, die Republik Lettland de jure an-

paar Zimmer nach der Straße frei machen. Das dicke Weib schien beinahe in die Knie zu fallen aus Verwunderung und Demut, küßte die Zipfel der erzherzoglichen Feldbinde und eilte in das Zimmer der Frau von Brasla, um ihr anzuzeigen, daß der Erzherzog gekommen, daß sie ihm die benachbarten Zimmer einräumen und die Türen offen lassen wolle.

Der Kleine war in der Zwischenzeit mit dem Wärmehüter schon auf den Jubelplatz in der Mitte des Orts gegangen, um den Erzherzog zu erwarten, von dem er sich recht viel Ehre versprach. Zu seinem Leid mußte er dessen Abwesenheit von Edelknaben des Prinzen erfahren, die vor dem Rathaus, dessen prachtvoller alter Bau mit großen Fenstern und Türmen der einzige Rest von der ehemaligen Größe des Ortes war, alle Reden der Gemeindevorsteher, die auf den Prinzen berechnet waren, abhörten. Er wollte gleich nach Hause, um die festgeschlagene Erwartung mit dem Prinzen seinen Frauen anzukündigen; aber ein paar Vertraute Cencios, die ihn auch kannten, nahmen ihn beiseite und sprachen ihm vor, warum er sich jetzt keine ansehnliche Stelle unter dem neuerrichteten Föhnlein vom Prinzen erbitten, den er so gut kenne und der ihm so gemogen. Der Kleine wurde ganz heiß vor eilter Lust bei diesem erwünschten Vortrage, der seinen Lieblingsgedanken zutage förderte, er ließ sich wohlgefällig mit den beiden in ein Gespräch ein, und als sie ihn auf ein Glas Wein in ein nahegelegenes Haus nötigten, schickte er den treuen Wärmehüter an seine Frauen mit der Nachricht zurück, daß sie den Erzherzog nicht unnützlich erwarten möchten, er sei ausgeblieben, einige wichtige Geschäfte hielten ihn mit Edelknechten des Hofes zurück, nachher wollte er ihnen die Zeit vertreiben. Die Zeit verging dem Kleinen sehr schnell, denn außer den schmeichelnden Freunden

zuerkennen. Der deutsche Vertreter in Niga ist beauftragt worden, eine entsprechende Erklärung der lettischen Regierung abzugeben.

Deutsche Volksschullehrer in Niederländisch-Indien.
Berlin, 2. Febr. Laut „Lokalanzeiger“ teilte in der gestrigen Kammer Sitzung in Haag der niederländische Kolonialminister mit, daß die niederländische Regierung beabsichtige, 200 deutsche Volksschullehrer für den Unterricht in Niederländisch-Indien anzustellen.

Verbrecherischer Streik.

Köln, 1. Febr. Die Direktion der Farbwerke Leberkufen veröffentlicht folgende Mitteilung: In den Farbwerken vormals Friedrich Bayer u. Co. Leberkufen brach am Samstag, den 29. Januar, ein wilder Streik aus. Alle Betriebe einschließlich der lebenswichtigen und für die Gesamtproduktion grundlegenden Schwefelsäure-Fabriken liegen still. Der Grund des Ausstandes ist die tarifwidrige und technisch unmögliche Forderung der reiflosen Durchführung der 48-Stundenwoche auch bei abgeleiteten notwendigen Ueberstunden. Die Veranlassung ist die Entlassung eines Arbeiters wegen unbefugten Verlassens der Arbeit zwecks Abfertens von Ueberstunden. Der Schaden ist sehr groß. Die Aufnahme des Betriebs in bisherigem Umfang ist daher für längere Zeit unmöglich.

Wettbewerb mit den Feinden.

Im Wettbewerb um die Lieferung von Lokomotiven und Tenderen an die spanische Eisenbahnerverwaltung wurden nach Madrider Blättern bloß deutsche und belgische Offerten berücksichtigt. Die amerikanischen, französischen und englischen Angebote scheiterten an den zu hohen Preisen und zu langen Lieferungsfristen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 2. Februar 1921.

Schwäbische Volksbühne.

Auch die gestrige Vorstellung der Schwäbischen Volksbühne konnte vor fast ausverkauftem Hause stattfinden, ein Zeichen, daß die Veranstaltungen sich die Sympathien aller Kreise der Bevölkerung zu gewinnen vermocht haben. Die Besucher dürften auch alle auf ihre Kosten gekommen sein, denn das reizende Lustspiel von Ludwig Fulda „Jugendfreunde“ war so recht geeignet, gute Laune und köstliche Unterhaltung zu bereiten. Fulda gehört neben Paul Viadua zu den amüsansten neueren deutschen Lustspielautoren, die auch noch witzigen Witz zu bringen vermögen, und ihre Werke nicht auf das Niveau des geistig Edele, dafür aber umso anzüglicheren französischen Schwanks herunterdrücken. In dem Lustspiel läßt der Dichter alle Fontänen seiner lebenswichtigen Satire springen, er tut niemand was Ernstliches zu Weide, aber alle kriegen sie eine kleinen Klops ab, Männlein und Weiblein, für sich und in ihren Beziehungen zum andern Geschlecht, und auch die mancherlei „Schwächen“ des gesellschaftlichen Verkehrs werden so hübsch artig geschildert, sodas eigentlich wohl jedes etwas von der summatrischen Gardinenpredigt mit — nach Hause nehmen könnte. „Gespielt wurde ganz ausgezeichnet, sowohl inbezug auf die Gesamtwirkung als auch auf die Einzelleistungen. Unter den Herren tat sich besonders Herr von der Heyden hervor, der den Maler Hageborn in Maße mit Darstellung geradezu genial gab. Die Damenrollen waren ebenfalls sehr geschickt besetzt. Fr. Graah als festsche „Beanerin“ war von einer überzeugenden Natürlichkeit; auch Fr. Arno spielte die auf dem glücklichen Partett der Gesellschaft nicht recht sichere Unschuld vom Lande, die aber zugleich souverän über alle weiblichen Kampfmittel gegenüber dem Manne verfügt, sehr glaubwürdig, und dieselbe Note darf man auch Fr. Hermer ausstellen, die die große Gesellschaftsdame aus distinguierten Kreisen, in denen die Klatschsucht — wie man hört — auch manchmal Eintritt haben soll, mit ebenbürtiger Würde wie Raffinement gab. Flott, wenn auch zeitweise etwas zu forciert, zeigte sich Herr Weich als „unverföhnlicher“ Hageholz Dr. Martens, und Fr. Biegler sekundierte ihm recht anmutig als Paetnerin.

und dem guten Weine wirkte auf ihn der Rauch einer unmenschlichen Volksmenge, die sich mit Leib und Seele diesen drei lustigen Tagen ausopferte wollte und deswegen auch nicht die kleinste Zeit in dem angefangenen Werke zu verlieren scheute. Welche Vorräte an Fleisch, Kuchen und Brot wurden da teils von den Ankommenen ausgepackt, teils aus den Wirtschaftlern geholt; es war ein Frühstück, wie sonst ein erstes Mittagbrot nach dem Fasten, und sicher wäre den Heißhungerigen mangelt der ungeheuren Wissen im Halse stecken geblieben, wenn sie nicht eine künstliche Schleieneinrichtung mit Wein und Bier gemacht hätten, wodurch alles glücklich an seinen Ort hinuntergeschwemmt wurde. Die Niederländer verstehen so etwas vortrefflich, und die Städte waren in dieser Zeit so übermächtig reich durch Handel und Wandel mit aller Welt, daß ihnen alles inländische, unmittelbare Landesbesorgung fast unbedeutend wenig kostete. Einem Reichen war es eine Kleinigkeit, Tausende durch Wohlthaten zu sättigen, darum gab es eigentlich keine Nokeidenen in den Städten und nur Bettler, die in dem müßigen Leben ihre Freude fanden. Aber auch diese entzogen sich zu solchen öffentlichen Festen ihren Lumpen und trieben als Schauspieler in Königstracht ihren Mitrollen vor der Welt, deren Mittel sie sonst anstreckten. Einige Fässer, die mit Brettern überlegt waren, dienten ihnen zum Theater, ein Plagknecht ein langes, ausgestopftes Kissen an der Seite, hieb auf die Kinder, die in ihrer Reugierde an das Theater herankletterten wollten; zugleich hatte er eine Schellenkappe mit Gelschloß auf dem Kopfe, sprach als Narr im Stücke und mit den Zuschauern. Unser Kleiner war ganz entzückt von dem Schauspiel.

(Fortsetzung folgt.)

Heute nachmittag f...
fung für die Kinder f...
kappchen“, der Eintritt
Abends 1/8 Uhr wird
geführt. In den Haupt
dorf, Martinelli, Weis
Es wird nochmals auf
Volksbühne hingewiesen

Die Pension

Reichsminister Grön
Altersgrenze von 65 Ja
freiwillig jüngerer, in
geben. Bei solchen
setzung in den Ruhesta
tritts in den Ruhestand
und vorher ein dreimon

St...

Am letzten Sonntag
der Sterbekasse Calw
Vorsand, Christian Lu
die Versammelten mit
A. Hammer gab einen
Berichts im verfloßenen
Schlaich den Kassen
günstig ist. Die Mitgl
Sterbegeldern wurden
beträgt 13 876,41 M.
gewählt. Er hat die
zum Beitritt in den B

Beförderung von R...

Die schwerbeschädig
förderung auf der Eisen
mit Ausweisen von nie
nach Name und Wohn
daß er zu diesen Person
pel und Unterschrift de
verleihen, die ihn aus
Unterschrift des Inhab
gen sind ihnen eingerä
schaffen, nötigenfalls fin
frei zu machen. Die Be
Wagenklasse den Reife
höheren Wagenklasse an
kriegsbeschädigten gege
handhaben. Sie dürfen
von der Abgangsseite k
treten. Auch an der V
vorausweise abzufertig
ihren Krankenfahrstuhl
mit dem Stuhl im P
verkehr, es zulässig. Sie
den, besondern: Stige
spruch auf einen Stuhl
zu veranlassen, ihre St

Be...

Die ehemaligen Off
und Veterinäroffiziere d
während des Krieges
Beif ihres Beförderung
sen spätestens bis 1. U
Württemberg, Personal
anfordern. Außer der
förderungs- und Gebur
des Ausweises erfolgt

Er...

Ueber die Außer-Ru
und 7 1/2 Pfennig sind
nungen inne. Derartige
Zeit nicht mehr hergeste
gehören in den letzt
den, im Postverkehr nu
Postkarten usw. früherer
zur Freimachung von Se
betrieb führend, darin
aufgeklebt werden muß.
August 1920 außer Umlo
der in den Händen des
leichtern, hatte die Post
ber 1920 erweitert. Ebe
ist gestattet, sie noch wei
älter Postkarten, Post

Lebe
Bis
können
karten
Nr. 48 Gries, Nr. 49
Nr. 51 Feigwaren, Nr. 5
wollen die Bestellmarken
vormittags von 8-10 U
Nr. 8 abliefern.
Buttermarke 3 kam

Alfred Pfeif
Banmaterialien-Ha

Niga ist beauftragt worden...
lettischen Regierung ab...

Überland-Subjekt
"ger" teilte in der ge...
ländische Kolonialmin...
regierung beabsichtigt, 200...
verrichtet in Niederländig...

Streik
Arbeitervereine ver...
arbeiten vormalig Fried...
tag, den 29. Januar, ein...
lektisch der lebenswichtig...
den Schwefelsäure-Fabrik...
ist die tarifwichtige und...
sen Durchführung der 49...
endigen Ueberstunden. Die...
weilens wegen unbefugten...
des Betriebs in bisheriger...
lich.

Feinden
von Potomokken und...
erwartung wurden nach...
belgische Offiziere berück...
sigen und englischen Ange...
gen und zu langen Liege...

Land
den 2. Februar 1921.

Schwäbische Volkshöhne
Schwäbischen Volkshöhne...
finden, ein Zeichen, daß...
aller Kreise der Volkshö...
Besucher dürften auch alle...
das reizende Lustspiel von...
recht geeignet, gute Bäume...
Gulba gehört neben Paul...
schen Lustspielbüchern, die...
mögen, und ihre Werke nicht...
aber umso anziehlicher...
In dem Lustspiel läßt die...
digen Satire springen, a...
über alle Kriege sie ein...
für sich und in ihren Be...
nd auch die mancherlei...
s werden so hübsch artig...
was von der summarischen...
"Konnte" gespielt wurde...
Gesamtwirkung als un...
tat sich besonders bei...
Hagedorn in Mäße mit...
menrollen waren ebenfalls...
sche "Beanerin" war von...
el. A. n. o. spielte die auf...
nicht recht sichere Anschau...
er alle weiblichen Kampf...
glaubwürdig, und dieselbe...
stellen, die die große Ge...
benen die Mächtigst...
haben soll, mit ebenf...
auch zeitweise etwas zu...
schönlischer" Hagedorn...
e ihm recht anmutig all...

Heute nachmittag findet die bereits angekündigte Vor...
stellung für die Kinder statt. Gespielt wird das Märchen „Kot...
schäppchen“, der Eintrittspreis beträgt 2 M für jeden Platz.
Abends 8 Uhr wird als letzte Vorstellung „Don Carlos“ auf...
geführt. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Herren Ru...
dorff, Martinelli, Weiß und die Damen Hegler, und Graef.
Es wird nochmals auf das Carlos-Fest der Blätter der Schwäb...
Volkshöhne hingewiesen.

Die Pensionierung der 65-jährigen Reichsverkehrsbeamten.

Reichsminister Gröner fordert die Beamten, die jetzt die Altersgrenze von 65 Jahren überschritten haben, auf, sie sollen freiwillig jüngerer, leistungsfähigeren Kräften die Bahn freigeben. Bei solchen Beamten, die selbst den Antrag auf Versetzung in den Ruhestand stellen, kann der Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand bis zum 1. August 1921 hinausgeschoben und vorher ein dreimonatiger Urlaub bewilligt werden.

Sterbekasse Calw.

Am letzten Sonntag fand die jährliche Generalversammlung der Sterbekasse Calw im Gasthaus zum „Löwen“ statt. Der Vorstand, Christian Luy begrüßte im Namen des Ausschusses die Versammelten mit herzlichen Worten. Der Schriftführer A. Hammer gab einen kurzen Rückblick über die Tätigkeit des Vereins im verfloßenen Jahre. Weiter verlas der Kassier C. Schleich den Kassenbericht, welcher in diesem Jahre sehr günstig ist. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dez. 447. An Sterbegeldern wurden ausbezahlt 425 M., das Gesamtvermögen beträgt 13 676,41 M. Der leitende Vorstand Chr. Luy wurde gewählt. Er bat die Anwesenden, in ihrem Bekanntenkreis zum Beitritt in den Verein aufzufordern.

Beförderung von Kriegsbeschädigten auf der Bahn.

Die schwerbeschädigten Kriegsteilnehmer, die bei der Beförderung auf der Eisenbahn besonderer Fürsorge bedürfen, sind mit Ausweisen von ziegelroter Farbe versehen, in denen dem nach Name und Wohnort bezeichneten Inhaber bestätigt wird, daß er zu diesen Personen gehört. Der Ausweis ist mit Stempel und Unterschrift der Kriegsbeschädigten- und Fürsorgestelle versehen, die ihn ausgestellt hat, und soll die eigenhändige Unterschrift des Inhabers enthalten. Folgende Vergünstigungen sind ihnen eingeräumt: Es sind ihnen Sitzplätze zu verschaffen, nötigenfalls sind andere Reisende zu erlauben, Sitzplätze frei zu machen. Die Bestimmung, daß bei Platzmangel in einer Wagenklasse den Reisenden zeitweilig ein Platz in der nächsthöheren Wagenklasse angewiesen werden kann, ist den schwerbeschädigten gegenüber besonders entgegenkommend zu handhaben. Sie dürfen an die Fahrkarten- und Gepäckhalter von der Abgangsstelle her zur bevorzugten Abfertigung herantreten. Auch an der Bahnsteigperrone sind sie nach Möglichkeit vorzugsweise abzufertigen. Geschädigte Kriegsteilnehmer, die ihren Krankenfahrstuhl nicht verlassen können, dürfen die Reise mit dem Stuhl im Postwagen zurücklegen, sofern der Gepäckverkehler es zuläßt. Sie haben in den einzelnen Zügen, laufenden besonders Wagen „Für schwerbeschädigte“ Anspruch auf einen Sitzplatz. Andere Reisende sind nötigenfalls zu veranlassen, ihre Sitzplätze frei zu geben.

Beförderungsausweise.

Die ehemaligen Offiziere, Zeug-, Feuerwerks-, Sanitäts- und Veterinäroffiziere des aktiven und Beurlaubtenstandes, die während des Krieges befördert wurden, aber noch nicht im Besitz ihres Beförderungsausweises (Patents) sind, können diesen spätestens bis 1. März 1921 beim Heeresabwillingungsamt Württemberg, Personalabteilung in Stuttgart, Rotenbüchlerstraße, anfordern. Außer der genauen Anschrift ist Angabe des Beförderung- und Geburtsdatums erforderlich. Die Zusendung des Ausweises erfolgt als portopostliche Dienstsache.

Ergänzungsmarken.

Ueber die Auser-Kursleistung der Postmarken zu 2, 2½, 3 und 7½ Pfennig sind der Öffentlichkeit vielfach irrige Meinungen inne. Derartige Postwertzeichen sind schon seit längerer Zeit nicht mehr hergestellt worden. Sie sind, nachdem die Postgebühren in den letzten Jahren wiederholt erhöht wurden, im Postverkehr nur noch als Ergänzungswertzeichen für Postkarten usw. früherer Ausgaben brauchbar. Für sich allein zur Freimachung von Sendungen verwendet, würden sie im Postbetrieb störend, da im einzelnen Fall meist eine große Zahl aufgeklebt werden muß. Deshalb sind sie bereits auf den 31. August 1920 außer Umlauf gesetzt worden. Um den Aufbrauch der in den Händen des Publikums befindlichen Stücke zu erleichtern, hatte die Postverwaltung diese Brief bis Ende Dezember 1920 erweitert. Ebenfalls aus Rücksicht für das Publikum ist gestattet, sie noch weiterhin zur Ergänzung der Freimachung älterer Postkarten, Postanweisungen, Briefumschläge und Kar-

tenbriefe mit eingedrucktem Wertstempel zu verwenden. Die hin und wieder geäußerte Befürchtung, daß die Germaniamarken allgemein bei der Ausgabe der neuentworfenen Postwertzeichen außer Kurs gesetzt werden, ist völlig unbegründet.

Erhöhung der Weizenmehreren.

(Nuttich.) Auf Anordnung des Reichsernährungsministers kommen ab 16. Februar statt der bisher 600 Gramm 800 Gramm aus Auslandsgetreide im Inland hergestelltes Weizenmehl pro Kopf und Monat neben der Brotkarte zur Verteilung. Der Kilogrammpreis für Kommunalverbände beträgt 7,50 M., entsprechend den gestrigen Einkaufs- und Devisenpreisen. Dazu treten die Zuschläge für den Kleinhandel.

Die Getreidepreise der neuen Ernte.

Die Landwirtschaft wünscht seit längerer Zeit bringen, daß die Regierung baldige garantierte Mindestpreise für die Ernte 1921 festsetze, da die Regierung auch für das kommende Erntejahr die Zwangswirtschaft beibehalten will. Die Indekommission ist bereits gehört worden, und es sollen nach Berliner Meldungen folgende Garantie-Mindestpreise für die Tonne in Aussicht genommen sein: Weizen 2255 M., Roggen, Gerste und Hafer 2050 M. je für die Tonne. Im Vorjahr betragen die Garantiepreise, die im Frühjahr auf Grund der Indezahlen festgesetzt waren, 1100 bzw. 1000 M. Die Höchstpreise für die Ernte 1920 stellten sich aber auf 1540 bis 1640 M. für Weizen und 1350—1500 M. für Roggen, Hafer und Gerste. Das würt. Ernährungsministerium hat zu den nach der Indekommission festgelegten Preisen noch keine Stellung genommen.

Neue Preise für Saatgut.

Das Reichsernährungsministerium hat neue Höchstpreise für Saatgut festgesetzt, soweit es sich um Sommergetreide handelt. Danach betragen die Preise für Weizen, Spels usw. für 1. Ausaat 3100 M., für 2. Ausaat 2900 M., für 3. Ausaat 2700 M.; für Roggen 1. Ausaat 2950 M., für 2. Ausaat 2750 M., für 3. Ausaat 2550 M.; für Gerste und Hafer 1. Ausaat 2900 M., für 2. Ausaat 2700 M., für 3. Ausaat 2500 M. pro Tonne. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Genehmigungspflicht für den Eierhandel.

Die öffentliche Bewirtschaftung der Eier, die zuletzt allein noch in Bayern und Württemberg durchgeführt war, ist inzwischen in den beiden Ländern und zwar in Württemberg seit 15. August 1920 aufgehoben worden. Da Deutschland im Frieden zuletzt alljährlich etwa vier Milliarden Eier, d. h. auf den Kopf der hiesigen hauptsächlich in Betracht kommenden städtischen Bevölkerung pro Jahr etwa 200 Stück, aus dem Ausland bezogen hat, mit einer nennenswerten Einfuhr aus dem Ausland aber, die in erster Linie eine Valutafrage ist, für die nächste Zeit wohl kaum gerechnet werden kann, wird die Masse der einheimischen Bevölkerung auch im Wirtschaftsjahr 1921 in der Hauptsache auf die Eier angewiesen sein, die im Inland erzeugt werden. Daher wird die Nachfrage das Angebot beträchtlich übersteigen, und die Gefahr liegt nahe, daß zahlreiche wilde Händler, die sich bisher niemals mit dem Eierhandel befaßt haben, sich auf diesen Handel werfen und dadurch die Eierpreise noch weiter in die Höhe treiben und den um seine Ernte bedingten Verbraucher ausbeuten. Einem solchen Treiben, das auch den Ruf des Handels ernstlich schädigt, muß nach Möglichkeit entgegengetreten werden. Die Landesversorgungsstelle erläßt daher mit Genehmigung des Ernährungsministeriums eine Verfügung über den Verkehr mit Eiern im Wirtschaftsjahr 1921. Danach unterliegt der Ankauf von Eiern zum Zweck des Weiterverkaufs gewissen Beschränkungen: Der Großhändler bedarf zum Ankauf eines besonderen Erlaubnischeines, den er beim Oberamt beantragen kann. Ebenso brauchen Hilfspersonen und Beauftragte der Großhändler (Unterläufer) einen Ausweis, der gleichfalls von den genannten Behörden ausgestellt wird. Erlaubnischein und Ausweis können zurückgegeben werden, wenn sich der Händler oder Unterläufer als unzuverlässig erweist. Kleinhändler haben nur eine Bescheinigung darüber mit sich zu führen, daß sie den Eierhandel für sich und ihre Hilfskräfte bei der Ortspolizei ihrer gewerblichen Niederlassung oder ihres Wohnortes angemeldet haben. Kleinhändler ist, wer die Eier unmittelbar an die Verbraucher absetzt.

Maßnahmen gegen die Verbreitung der Tierseuchen.

Die Oberämter werden künftig bei Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in einer Gemeinde ihres Bezirks gleichzeitig mit der Bildung des Beobachtungsgebietes die in Betracht kommenden Bahnhöfen benachrichtigen, welche Ortshaften in das Beobachtungsgebiet einbezogen sind. Die benachrichtigten Stationen dürfen ohne den Nachweis der Ausfuhrerlaubnis des Oberamts keine Wagenbestellungen für Vieh aus den Beobachtungsgebieten annehmen.

Keine Landesmilchzentrale.

(S. B.) Stuttgart, 31. Jan. Nachdem die Öffentlichkeit, die Stadt Stuttgart und die landwirtschaftlichen Organisationen den Plan einer Landesmilchzentrale in Weimerletten bei Ulm abfällig beurteilen, hat, wie wir erfahren, der würt. Arbeitsminister nicht die Verantwortung für die Einrichtung einer solchen Zentrale übernehmen können. Der Plan wurde aufgegeben und die Stadtgemeinde Stuttgart aufgefordert, durch Einrichtungen in Stuttgart dafür zu sorgen, daß die Milch in gebrauchsfähigem Zustande in die Hände der Verbraucher gelangt. Seitens der Landesversorgungsstelle sollen Einrichtungen im Oberland geschaffen werden, um in den Erzeugerorten bezug. den Bahnhöfen die Milch sachgemäß zu behandeln. Anlagen für Pasteurisierung und Tiefkühlanlagen können aber nicht geschaffen werden.

Am die deutsche Luftschiffahrtsindustrie.

(S. B.) Friedrichshafen, 1. Febr. Die Meldung, daß französische Interessenten eine Verbindung mit der Zeppelin-Gesellschaft aufnehmen suchten, ist richtig, wenn auch ein Abkommen bisher nicht abgeschlossen wurde. Ein Abkommen mit ausländischen Gesellschaften, speziell auch mit solchen der benachbarten und vom Weltmeer trennenden Länder, ist aber unbedingt erforderlich, wenn die deutsche Luftschiffahrt nicht lang- und kluglos aus der Welt verschwinden soll. Die Bestimmungen des Friedensvertrags und noch mehr seine Auslegungen legen Deutschlands Luftschiffbau und -Betrieb noch für geraume Zeit lahm, während das Ausland sich der Sache zu bemächtigen sucht und uns so langsam, aber sicher ausschaltet. Der Ausschluss Deutschlands aus der Internationalen Luftschiffahrtskonvention versperrt uns ferner jegliche Betätigungsmöglichkeit im Fernverkehr, der allein ein Feld für die friedliche Betätigung der Luftschiffahrt ist. Die einzige Möglichkeit für Deutschland, sich eine Mitwirkung und eine führende Rolle im Luftverkehr der Zukunft zu erhalten, liegt somit darin, Anschluß an diejenigen Staaten zu gewinnen, die für uns geographisch und politisch nicht zu umgehen sind. Die westlichen Länder Europas und Amerika jenseits des Ozeans müssen bezüglich der Entwicklung der Luftschiffahrt in gleichliegendem Interesse mit Deutschland zusammenarbeiten, sonst wird keine deutsche, vielleicht überhaupt keine Fernluftschiffahrt aufgenommen werden können.

Althengstett, 1. Febr.

Die hiesige Pfarrstelle ist dem Stadtpfarrer Schimpf in Lauffen a. N. übertragen worden. Bis zum Aufzug des neuen Herrn Pfarrers wird als Stellvertreter Pfarrer Benjamin B. u. m. h. a. r. d. von Zehnhausen das Pfarramt hier versehen.

Neuhengstett, 1. Febr.

Gestern hat Pfarrer Wagner nach 12jähriger Tätigkeit die hiesige Gemeinde verlassen, um seinen neuen Wirkungskreis als Leiter des Jugendamtes in der Stadt Reutlingen zu übernehmen. Pfarrer Wagner hat als treuer gewissenhafter Seelsorger sich seiner Gemeinde in jeder Beziehung angenommen und besonders für die Hilfsbedürftigen und Notleidenden aufs treulichste gesorgt. Sein Weggang wird daher allgemein bedauert. Zum Pfarrverweser ist der hiesige Baronialvikar Konemann in Schussenried bestellt worden.

(S. B.) Stuttgart, 1. Febr.

In der Handelskammer Stuttgart liegt für Interessenten die neueste Nummer des „Tokio Economist“ zur Einsichtnahme auf. Sie ist insofern von besonderem Interesse, als sich in ihr gleichzeitig der bevollmächtigte japanische Vorkäufer, Hiolo Eki, in Berlin, wie der deutsche Gesandte, Dr. Solf, in ungewöhnlich warmen Worten für die volle Wiederanknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan einsetzt.

(S. B.) Horb, 1. Febr.

Der Landjäger Nid in Lützenhardt sollte den Hausierer K o y verhaften, der eine Reststrafe von ungefähr einem Jahr Gefängnis wegen einer schweren Körperverletzung zu verbüßen hatte. K o y war von der Strafanstalt Rottenburg beurlaubt worden, aber nicht wieder zurückgeführt. Er hat es seit Oktober letzten Jahres verstanden, sich den Nachforschungen der Polizei zu entziehen. Nach Angaben von Augenzeugen hat der Bruder des K o y sich erst geweigert, dem Landjäger zu öffnen, hat dann aber als wiederholtes Klopfen die Haustüre einen Spalt weit aufgemacht, worauf sofort von dem polizeilich gesuchten K o y ein tödlicher Schuß auf den Landjäger Nid abgegeben wurde. Nid stammt aus Stuttgart. Er ist seit zwei Jahren Landjäger. Im Kriege wurde ihm die Auszeichnung des Eisernen Kreuzes 1. Klasse zu teil. Die Erregung über die scheußliche Tat ist allgemein. Der Mordgeselle konnte sich bisher den Nachstellungen der Polizei entziehen.

(S. B.) Alen, 1. Febr.

Aus dem Schweinehalt des Rittergutes Hohentwoden wurde nachts ein etwa 200 Pfund schweres Schwein im Wert von 3000 M. abgeschlachtet und gestohlen. Für die Ermittlung der Diebe ist eine Belohnung ausgesetzt.

Nur die Schriftleitung verantw.: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Kläcker'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
Bis Freitag, 4. Februar 1921, können bestellt werden auf Krankenkarten Nr. 47 Kindergerstenmehl, Nr. 48 Grieß, Nr. 49 Gerstenmehl, Nr. 50 Reks, Nr. 51 Leigwaren, Nr. 52 Kalkete. Die Kleinhändler wollen die Bestellmarken am Samstag, 5. Februar, vormittags von 8—10 Uhr auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 abliefern.
Buttermarke 8 kann eingelöst werden.

Calw. Brennholzversorgung 1921.
Mit der Brennholzuweisung wird im Laufe dieses Monats begonnen werden.
Holzeigenschaftner aus dem Vorjahr werden zu altschuldiger Bezahlung ihrer Schuldbeträge aufgefordert und zugleich darauf hingewiesen, daß eine neue Belieferung nur erfolgen wird, wenn die alte Schuld beglichen ist.
Calw, den 31. Januar 1921.
Stadtpflege: F r e d.

Gustav-Adolf-Frauen-Verein.
Donnerstag, den 3. Februar nachmittags 3 Uhr im Kaffeehaus.
Auf 1. März fleißiges Mädchen für Küche- und Zimmerarbeit gesucht.
Neue Handelsschule, Calw.

Calw.
Für die Frauenarbeitschule suchen wir eine Schuldienerin.
Meldungen erbeten.
Den 31. Januar 1921.
Stadtpflege: F r e d.

100 Rm. Stockholz
im Wald bei Biefelsberg lagernd, sind sofort zu verkaufen.
Angebote an
Notar Schaufel in Grobheppach.

Alfred Pfeiffer, Calw
Baumaterialien-Handlung (Tel. 97)

empfehle zu den billigsten Tagespreisen ab Lager oder Waggon:
Falzziegel, Vierschwänze, Ramin- und Metersteine, Schwemmsteine, Schlackensteine, Steinzeugröhren, Zementröhren, Spülbank-Garnituren aus Zement und Terrazzo, Wand- und Boden-Platten, Portland-Zement, Schwarzkalk, Baugips, Rohrmatten mit verzinktem Draht, la. Dachpappe, Kosmos, Klosetts aus Steinzeug, Leerkordeln sowie alle sonstigen Bauwaren.

